

**DEPARTEMENT
VOLKSWIRTSCHAFT UND INNERES**

Vorsteher

13. Januar 2026

**Auswärtige Sitzung der Schweizer Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des
Europarats, 13. Januar 2025 in Baden
Grusswort von Regierungsrat Dieter Egli**

((Es gilt das gesprochene Wort))

Sehr geehrte Frau Ständerätin, sehr geehrte Frau Botschafterin, geschätzte Europaratsdelegierte, geschätzte Mitarbeitende des Bundes, Mesdames et Messieurs

Ich heisse Sie persönlich und im Namen des Aargauer Regierungsrats ganz herzlich willkommen hier in Baden. Vielen Dank, dass Sie den Weg in den Aargau gefunden haben. Die charmante Altstadt und das Bäderquartier durften Sie ja schon kennenlernen – nun freue ich mich, Sie alle hier im Badener Rathaus zu Gast zu haben.

Wir befinden uns in einem sehr speziellen, historischen Saal. Hier fanden oft die Tagsatzungen der alten Eidgenossenschaft statt. Dieses Gremium kümmerte sich – mit einer Mischung aus exekutiven und legislativen Aufgaben – um gemeinsame Fragen der eidgenössischen Orte – natürlich unter dem Vorbehalt, dass diese letztlich souverän waren.

Die Vertreter wählten immer wieder gerne Baden als Tagsatzungsort – von 1426 bis 1712 regelmäßig – ab dann, nach dem 2. Villmergerkrieg noch weitere 30 Jahre lang abwechselnd mit Frauenfeld. Attraktiv war Baden vor allem wegen der Bäder – davon konnten sie sich ja überzeugen. Sie boten während der teils wochenlangen Beratungen wohl die richtige Zerstreuung. Der Hauptgrund war aber eher politisch: Dieser Landstrich, die Grafschaft Baden, war seit 1415, der Eroberung der hiesigen habsburgischen Lande durch die Berner, Gemeine Herrschaft der alten Eidgenossenschaft – man befand sich also gleichsam auf "neutralem" Boden.

Ob es hier immer ganz demokratisch zu- und herging, weiss ich nicht. Trotzdem: Wir befinden uns in einer der Kernzelle der demokratischen und föderalistischen Entwicklung unseres Landes. Hier wurde zwischen autonomen Staaten gestritten, es wurden Kompromisse erarbeitet für die gemeinsame weitere Entwicklung.

Deshalb denke ich, dass dieser Ort sehr gut zu Ihrer Arbeit passt. Für diese möchte ich Ihnen ganz herzlich danken. Sie vertreten unser Land in einer Organisation, die sich für die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in Europa einsetzt.

Beides ist mir wichtig, Europa und die Demokratie. Und beides steht vor sehr grossen Herausforderungen – das spüren wir hier in der Nordschweiz ganz besonders. Wir pflegen mit dem deutschen Nachbarn – unsere längste Grenze haben wir nicht zu einem Kanton, sondern zu Baden-Württemberg – intensiven wirtschaftlichen und politischen Austausch.

Dass wir an stabilen Beziehungen zu Europa und mit Europa interessiert sind, versteht sich von selbst. Das ist ja ein politisches Thema, das wir ausdiskutieren werden.

Wenn ich allerdings sehe, mit welcher Härte und ideologischer Unerbittlichkeit die Europadebatte jetzt schon geführt wird, dann muss ich sagen: Ich hoffe, dass wir das wirklich noch ausdiskutieren

können – und dass wir vor allem darüber abstimmen können, ohne dass es unsere Gesellschaft aus-einanderreisst.

Ich habe und hatte immer Freude an der Diskussion, am politischen Streit – im Wissen darum, dass wir am Ende zusammen entscheiden werden – dass ich gewinne oder verliere – dass ich aber jedes Ergebnis akzeptieren kann. Weil ich eben an der Entscheidfindung beteiligt war. Das ist eine tiefe Befriedigung, die ich in unserer direkten Demokratie empfinde – bei mir und bei anderen.

Seit einiger Zeit scheint aber die Befriedigung einer Unsicherheit zu weichen. Wir sind verunsichert durch den Verfall von Demokratie oder einfach nur von politischer Kultur um uns herum. Durch extreme, weltverschwörerische und populistische Bewegungen, die eine Verrohung der Diskussionskul-tur entweder in Kauf nehmen oder sogar bewusst herbeiführen und zu ihren Zwecken nutzen.

Auf die Unsicherheit reagieren wir damit, dass wir uns zurückziehen. Oder aber, dass wir aggressiver werden, nicht mehr diskutieren, sondern nur noch gegen andere Stellung beziehen. Dass aber dann, wenn wir nicht mehr miteinander reden, die Demokratie auf der Strecke bleibt, sollte uns eigentlich klar sein – auch denen, die vielleicht glauben, dass sie die Demokratie nicht mehr nötig haben.

Meine Hoffnung schwindet aber: Es schmerzt wirklich, zu sehen, wie die USA, die Leuchtturm-De-mokratie des Westens schlechthin, sich in einem atemberaubenden Tempo in eine waschechte Au-tokratie zu verwandeln scheint.

Und es schmerzt noch mehr, zu realisieren, dass wir mit unserer Empörung über die USA ignorieren oder einfach nicht mehr wahrnehmen, dass viele Länder auch in Europa sich schon lange von De-mokratie und Rechtsstaat verabschiedet haben.

Die Demokratie steht vielerorts mit dem Rücken zur Wand. Es scheint so, als habe man genug von den langwierigen, komplizierten Entscheidungsprozessen und Kompromissen. Demokratien schei-nen in den Augen vieler ihren Zenit überschritten zu haben, sie scheinen schwach, sie scheinen für viele die immer komplexer werdenden Herausforderungen unserer Zeit mit ihren Instrumenten nicht mehr gut und schnell bewältigen zu können.

Ich will aber auch einen Vorwurf machen. An uns allen. Vielleicht haben wir es uns zu lange mit der Demokratie gemütlich gemacht, anstatt für sie zu kämpfen.

Vielleicht haben wir zu schnell zu viel Verantwortung abgegeben an staatliche Institutionen, an Regu-lierer. So dass unsere Welt für uns immer komplexer und eben regulierter geworden ist – und jetzt die Sehnsucht nach einfachen Antworten gross ist. Auch bei uns schauen viele mit Bewunderung auf die "tough guys", die endlich mal durchgreifen und an den komplizierten staatlichen Institutionen vor-bei Deals machen – die Probleme angeblich klar beim Namen nennen und der political Correctness den Kampf ansagen.

Sich von diesen "tough guys", die ja nicht das Gemeinwohl, sondern nur sich und ihre Freunde im Sinn haben und sich über den Rechtsstaat stellen, nicht übertölpeln zu lassen – das ist die Leistung einer resilienten Demokratie. Will heissen von Bürgerinnen und Bürgern, die Verantwortung überneh-men – weil sie das wollen und können und weil sie auf unser demokratisches System vertrauen.

Immerhin, wir kennen das ja – und wir sind damit jahrhundertelang gut gefahren, wie dieser Saal zeigt. Es ist also unsere Chance, und es bleibt uns auch nichts anderes übrig, als uns weiterhin dafür einzusetzen. Ich werde das hier an meiner Stelle immer tun. Und ich danke Ihnen, dass Sie das an Ihrer Stelle, einer wichtigen europäischen Schaltstelle, tun.

Vielleicht hilft Ihnen dabei dieser kurze Blick in die eidgenössische Geschichte und dieses kurze La-mento eines Vertreters einer Kantsregierung. Vielen Dank jedenfalls, dass Sie heute hier zu Gast sind.